

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1
1. Teil: Die konzeptionelle Grundlegung des Rechts der Unternehmensgruppe	8
1. Kapitel: Ausgewählte neuere Entwicklungen der Konzernrechtsdiskussion	8
2. Kapitel: Grundkonzeptionen eines Konzernverfassungsrechts	17
3. Kapitel: Der Konzern als hierarchische Organisation in der betriebswirtschaftlichen Organisationstheorie	37
4. Kapitel: Die gesellschaftsrechtliche Erfassung des Konzerns	49
2. Teil: Die Rechtsstellung des Aktionärs zwischen Verbandsmitgliedschaft und Anlegerstellung: Die konzeptionellen Grundlagen	54
1. Kapitel: Der Aktionär als Anleger im AktG 1965	55
2. Kapitel: Anlegerschutz im Verbandsrecht	103
3. Kapitel: Zwischenergebnis und weiterer Fortgang der Untersuchung	149
3. Teil: Der Aktionär als Verbandsmitglied und Kapitalanleger: Seine Rechtsstellung zwischen den Polen Verbandsmitgliedschaft und Kapitalanlegerstellung	154
1. Kapitel: Die Aktiengesellschaft als verfaßter Zweck eines Personenverbands	155
2. Kapitel: Die Zuständigkeiten der Aktionäre für unternehmerische Grundentscheidungen	160
3. Kapitel: Die Mitwirkung der Aktionäre im Spannungsfeld von freier Stimmrechtsausübung und Beschußkontrolle	204
4. Kapitel: Der vermögensbezogene Aktionärsschutz bei Hauptversammlungsbeschlüssen	259
5. Kapitel: Verbandsrechtliche Beschußkontrolle und anlegerorientierter Vermögensschutz im AktG 1965	303
6. Kapitel: Zusammenfassung und weiterer Fortgang der Untersuchung	356
4. Teil: Die Aktionärsrechte bei Entstehung und Umgestaltung einer Unternehmensgruppe	360
1. Kapitel: Ausgliederungsvorgänge im weiteren Sinne	361
2. Kapitel: Sonstige Gruppenumbildungsvorgänge	441
3. Kapitel: Exkurs: Die ergänzende Anpassung des § 58 II AktG an den Status Obergesellschaft	449
4. Kapitel: Die Umwandlung der unverbundenen Gesellschaft zur Untergesellschaft einer Unternehmensgruppe	451
5. Kapitel: Statusänderungen bei der abhängigen AG	476
6. Kapitel: Aktionärsmitwirkung bei Ausgliederungen im Sinne des § 123 III UmwG	512
7. Kapitel: Zusammenfassung	513
Schlußbetrachtungen	518
Literaturverzeichnis	521

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIV
Einleitung	1
1. Teil: Die konzeptionelle Grundlegung des Rechts der Unternehmensgruppe	8
1. Kapitel: Ausgewählte neuere Entwicklungen der Konzernrechtsdiskussion	8
I. Marktförmige oder binnengesellschaftliche Konzernentstehung als Regelungsgegenstand der §§ 291 ff AktG?	9
II. Die Zulässigkeit verschiedener Formen der Unternehmensgruppe . .	12
III. Der Konzern als Zustand und als Prozeß	14
IV. Konzernrechtlicher Präventivschutz	15
2. Kapitel: Grundkonzeptionen eines Konzernverfassungsrechts	17
I. Außenseiterschutz in der abhängigen AG: Das AktG 1965	18
II. Aktionärsschutz in der Obergesellschaft: Die Holzmüller-Problematik	19
III. Konzernverfassungsrecht als Ordnung der Organisationseinheit Konzern	20
1. Der Konzern als rechtliche Einheit	21
a. Der Unterordnungskonzern als BGB-Innengesellschaft	22
b. Der Vertragskonzern als polykorporatives Unternehmen höherer Ordnung	23
c. Der Konzern als hierarchischer Verband <i>sui generis</i>	25
2. Der Konzern als organisatorische Einheit	27
a. Konzernleitungspflicht im organisatorischen Einheitsunterneh- men	27
b. Konzernrecht als Organisationsrecht des rechtlich gegliederten Gesamtunternehmens	31
3. Zusammenfassende Bewertung	33
3. Kapitel: Der Konzern als hierarchische Organisation in der betriebswirtschaft- lichen Organisationstheorie	37
I. Der Konzernbegriff der Betriebswirtschaftslehre	37
II. Hierarchische Organisationsstrukturen	39
1. Die Organisation(sstruktur)	40
2. Arbeitsteilung und Koordination als Gestaltungsdeterminanten der Organisationsstruktur	40
3. Die Bausteine der Organisationsstruktur	41
4. Organisationsstrukturelle Hierarchie	42
a. Die Stellenhierarchie	42
b. Die Personenhierarchie	42
5. Hierarchie als allgemeines Merkmal einer Organisation	43
III. Die hierarchische Organisation des Konzerns im besonderen	44
1. Die herkömmliche Sicht	44
2. Die rechtsnormbezogene Organisationssicht	45
3. Eine kritische Würdigung	46

4. Kapitel: Die gesellschaftsrechtliche Erfassung des Konzerns	49
I. Konzernrecht als Organisationsrecht und als Sonderrecht verbundener Unternehmen	49
II. Die Folgerungen für die Fragestellung dieser Arbeit	51
2. Teil: Die Rechtsstellung des Aktionärs zwischen Verbandsmitgliedschaft und Anlegerstellung: Die konzeptionellen Grundlagen	54
1. Kapitel: Der Aktionär als Anleger im AktG 1965	55
1. Abschnitt: Die Auffassungen zur Rechtsstellung des Aktionärs	55
I. Die Position des Gesetzgebers	55
1. Die Aktienrechtsnovelle 1884	55
2. Das Aktiengesetz 1937	60
3. Das Aktiengesetz 1965	62
4. Die Reformgesetze 1994	67
II. Grundpositionen im heutigen Schrifttum	68
1. Die traditionell verbandsrechtliche Sicht	69
2. Die Kombination der Wertungsprinzipien Individual-, Minderheits- und Kapitalanlegerschutz	72
3. Verbandrecht als Ergänzung des Kapitalmarktrechts	74
III. Aktienorganisationsrecht zum Schutz von Verbandsmitgliedern und Anlegern: einige Probleme im Überblick	77
2. Abschnitt: Anlegerschutz zur Förderung der Kapitalaufbringung als weiteres Regelungsziel des AktG 1965	78
I. Aktienrecht als Organisationsrecht eines Personenverbands	79
1. Der Grundsatz und seine marktbezogenen Ausnahmen	79
a. Publizitätsvorschriften	79
b. Verhaltenspflichten am Kapitalmarkt	80
(1) Freiwillige Abfindungsangebote im Gefolge eines Angebots nach § 305 AktG	81
(2) Paketzuschläge beim Aktienhandel	83
(3) Zwingende Übernahmeangebote aufgrund des Erwerbs einer kontrollierenden Beteiligung	85
(4) Freiwillige Übernahmeangebote	86
c. Der Bereich des Binnenorganisationsrechts	86
d. Zwischenergebnis	88
2. Der Anlageaktionär als aktienrechtliche Version des Kapitalanlegers?	88
3. Die Alternative von Verband(srecht) und Markt(recht) als Fundament der herrschenden Auffassung	91
4. Erste Einwände	92
II. Der Stellenwert der Kapitalaufbringung im AktG 1965	94
1. Tatsächliche Funktion der AG oder normative Zielvorgabe des AktG 1965?	94
2. Die Kapitalaufbringung als normative Zielvorgabe des AktG 1965	95

III. Die Aktionärsstellung zwischen verbandsrechtlichen und kapitalmarktfunktionsbezogenen Zielsetzungen	97
1. Vermögensbezogener Aktionärsschutz als Kompromißlösung	97
2. Potentielle Konflikte der aktienrechtlichen Kompromißlösung	100
a. Rechtliche Konflikte aus der hybriden Aktionärsstellung	101
b. Konfliktfelder auf ökonomischer Ebene	102
2. Kapitel: Anlegerschutz im Verbandsrecht	103
1. Abschnitt: Die Anlageentscheidung als archimedischer Punkt des Anlegerschutzes	105
I. Kapitalmarktrecht und Gesellschaftsrecht als unvereinbare Kategorien?	107
II. Marktrechtlicher Anlegerschutz als Reaktion auf verbandsrechtliche Schutzdefizite	108
III. Die Förderung optimaler Anlageentscheidungen durch Anlegerschutz am Markt	109
1. Sozialschützender Anlegerschutz	110
2. Funktionsorientierter Anlegerschutz	110
3. Erste Folgerungen für den innergesellschaftlichen Anlegerschutz im AktG 1965	112
2. Abschnitt: Sozialschützende Aktionärsschutzziele im AktG 1965?	113
I. Intellektuell unterlegene Kleinaktionäre	114
II. Wirtschaftlich unterlegene Kleinaktionäre	115
3. Abschnitt: Die Absicherung optimaler Anlageentscheidungen durch innergesellschaftlichen Anlegerschutz	116
I. Ex post-Anlegerschutz	116
1. Die Funktion des ex post-Anlegerschutzes	117
2. Das Vertrauen in die „gute Ordnung“ des Kapitalmarkts	119
3. Die Bedeutung des ex post-Anlegerschutzes für die Kapitalsammelfunktion der AG	119
II. Gesellschaftsinterner Anlegerschutz als Form des ex post-Anlegerschutzes	121
1. Grundlagen	121
2. Die Konsequenzen am Beispiel des Aktienorganisationsrechts	123
3. Die Doppelfunktion binnенorganisatorischer Regeln: Ein Einwand?	124
4. Abschnitt: Der Investor in der neoklassischen Kapitalmarktgleichgewichtsmodellwelt: Ein Überblick	125
I. Wesentliche Modellstrukturen	126
1. Die optimale Investitionsentscheidung des einzelnen Wirtschaftssubjekts	126
2. Die Preisbildung am Kapitalmarkt im Gleichgewicht	127
a. Das CAPM mit repräsentativem Investor	127
b. Varianten des CAPM ohne repräsentativen Investor	128
c. Sonstige Kapitalmarktgleichgewichtsmodelle	128
d. Rationale Marktpreisbildung und Informationseffizienz als gemeinsame Modellgrundlagen	129

3. Die Implikationen für die unternehmerische Investitions- und Finanzierungspolitik	130
a. Irrelevante Finanzierungsentscheidungen	130
b. Marktwertmaximierende Investitionsentscheidungen	130
II. Modellaussagen und reale Märkte	131
1. Die Übereinstimmung „realer“ Marktpreise und „fundamentaler“ Modellpreise	131
2. Marktwertmaximierendes Handeln im einmütigen Gesellschafterinteresse?	133
III. Schlußfolgerungen	134
1. Der Gleichgewichtspreis als „objektiver“ Wert?	134
2. Zur Interessenvielfalt der Anleger auf realen unvollkommenen Märkten	135
5. Abschnitt: Unterschiedliche Anforderungsprofile eines innergesellschaftlichen Schutzes von Verbandsmitgliedern und von Kapitalanlegern	136
I. Die Unterschiede in den Interessen	136
II. Gestaltungsaufgaben des Verbandsrechts und des anlegerbezogenen Organisationsrechts	138
1. Die Funktion des gemeinsamen Zwecks im Verbandsrecht	138
2. Die Unterschiede in den jeweiligen Gestaltungsaufgaben	141
III. Das Verhältnis von Mitverwaltungs- und Vermögensrechten im Verband und in der „Anlegergesellschaft“	143
IV. Innergesellschaftlicher Schutz des Anlegers durch Schutz des Aktienärs als Verbandsmitglied?	143
1. Mittel und Ziele eines innergesellschaftlichen Anlegerschutzes . .	144
a. Überblick	144
b. Effektivitätsgrenzen auf realen Märkten	144
2. Mittel und Ziele eines verbandsrechtlichen Schutzes	147
3. Zielkonflikte der beiden Schutzanliegen	149
3. Kapitel: Zwischenergebnis und weiterer Fortgang der Untersuchung	152
3. Teil: Der Aktionär als Verbandsmitglied und Kapitalanleger: Seine Rechtsstellung zwischen den Polen Verbandsmitgliedschaft und Kapitalanlegerstellung	154
1. Kapitel: Die Aktiengesellschaft als verfaßter Zweck eines Personenverbands	155
I. Zwecklose Aktiengesellschaften?	155
II. Die Autonomie der Gesellschaft als Bestandteil des Verbandszwecks .	157
III. Die Gewinnerzielung für die Aktionäre als Bestandteil des Verbandszwecks (Formalziel)	157
2. Kapitel: Die Zuständigkeiten der Aktionäre für unternehmerische Grundentscheidungen	160
1. Abschnitt: Die Änderung des Verbandszwecks	161
I. Die übertragende Gesellschaft bei Umwandlungsvorgängen	162
II. Der Beherrschungsvertrag auf Seiten der beherrschten AG	162
III. Die Eingliederung auf Seiten der eingegliederten Gesellschaft	166

IV. Der (Teil)gewinnabführungsvertrag	166
V. Die Gewinngemeinschaft	169
VI. Betriebsüberlassungsverträge	169
2. Abschnitt: Identitätsänderungen in der Mitgliedschaft	172
I. Die sich eingliedernde Gesellschaft	172
II. Die übertragende Gesellschaft bei Umwandlungsvorgängen	173
1. Die Verschmelzung/Aufspaltung	173
2. Die Abspaltung	173
3. Abschnitt: Die Gefährdung des gesamten Gesellschaftsvermögens	173
I. Die Vermögensübertragung nach § 179a AktG	174
1. Ratio und Reichweite des § 179a AktG	174
2. Die ratio des bisherigen § 361 AktG	175
a. Meinungsstand	175
b. § 361 AktG als bloße Auffangnorm?	176
c. Die Vorgängernormen § 303 HGB 1897, § 255 AktG 1937	177
d. Die Folgerungen für den Normzweck des § 361 AktG	178
3. Nochmals: Die ratio des § 179a AktG	180
II. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge beim „anderen Vertragsteil“ im Sinne des § 293 II AktG	180
1. Der Beherrschungsvertrag	181
a. Die Verfolgung des Konzerninteresses als Änderung des Verbandszwecks?	181
b. Die Zustimmung der Aktionäre als Folge einer Strukturänderung?	182
c. Die Zustimmung der Aktionäre als Folge der Abfindungspflicht?	183
d. Die Zustimmung der Aktionäre als Folge der Verlustausgleichspflicht	183
(1) Die ratio des § 302 I AktG	184
(2) Die ratio des § 302 II AktG	188
e. Die Zustimmung zur unbeschränkten Haftung für fremde unternehmerische Tätigkeit als ratio des § 293 II 1 AktG	189
2. Der Gewinnabführungsvertrag	189
III. Die Eingliederung auf Seiten der eingliedernden AG	190
4. Abschnitt: Die Beeinträchtigungen des Beteiligungswerts zugunsten neuer Aktionäre	191
I. Die quotale Minderung der Vermögensrechte durch den Ausschluß des Bezugsrechts	191
II. Die wertmäßige Minderung der Vermögensrechte beim Vermögenserwerb gegen Gewährung eigener Aktien	193
1. Die Verschmelzung auf Seiten der übernehmenden Gesellschaft	193
2. Die Aufspaltung/Abspaltung auf Seiten der übernehmenden Gesellschaft	195
3. Die Ausgliederung auf Seiten der übernehmenden Gesellschaft	195
4. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge beim „anderen Vertragsteil“ im Sinne des § 293 II AktG	196

5. Die Eingliederung auf Seiten der eingliedernden AG	196
6. Das gemeinsame Grundprinzip: Vermögensschutz gegen eine Ungleichbehandlung zugunsten neuer Aktionäre	196
5. Abschnitt: Die Vermögensübertragung durch Gesamtrechtsnachfolge	197
I. Die übertragende Gesellschaft bei der Ausgliederung	198
II. Die übertragende Gesellschaft bei der Teil(vermögens)übertragung	199
6. Abschnitt: Die Ausformung der hybriden Aktionärsstellung in fünf Mitwirkungsprinzipien als Ergebnis	200
I. Zwei ungeeignete Kompetenzkriterien	201
II. Die fünf Mitwirkungskriterien	202
3. Kapitel: Die Mitwirkung der Aktionäre im Spannungsfeld von freier Stimmrechtsausübung und Beschlusßkontrolle	204
1. Abschnitt: Einleitung und Problemstellung	205
I. Die gesetzlichen Abstimmungsschranken im Überblick	205
II. Beschlusßkontrolle am Beispiel des Gewinnverwendungsbeschlusses	207
1. § 58 I, II AktG als Kompromißlösung zwischen Unternehmer- und Anlegeraktionären	208
2. Kontrolle des Gewinnverwendungsbeschlusses?	210
III. Die ungeschriebenen Abstimmungsschranken im Überblick und der weitere Fortgang der Untersuchung	211
2. Abschnitt: Die bisherigen Herleitungen der Beschlusßkontrolle	213
I. Der zweispurige Ansatz des BGH	214
II. Das Schrifttum im Überblick	217
1. Der zweispurige Ansatz von Zöllner	217
2. Treuepflichten der Gesellschafter untereinander als Grundlage der Beschlusßkontrolle	218
3. Die Sachkontrolle als institutionelle Schranke der Ausübung von Mehrheitsmacht	222
4. Die Beschlusßkontrolle auf der Grundlage einer Verselbständigung der juristischen Person	223
5. Zwischenergebnis	224
III. Eine Kritik der treuepflichtfundierten Beschlusßkontrolle	225
1. Die rechtsethische Fundierung der Treuepflicht im Rechtsprinzip Korrelation von Rechtsmacht und Verantwortung	226
2. Treuepflichtbestimmte Stimmrechtsschranken als Geltungsgrund der Beschlusßkontrolle?	229
3. Abschnitt: Der organschaftliche Geltungsgrund der Beschlusßkontrolle	232
I. Die dogmatische Grundlegung	232
1. Die vom Verbundszweck begrenzte Übertragung von Entscheidungsmacht an die Gesellschafterversammlung	233
2. Die durch das Rücksichtnahmegebot begrenzte Zuweisung von Entscheidungsmacht an die Gesellschafterversammlung	236

II. Kritik und Bestätigung der organschaftlichen Beschlusßkontrolle	238
1. Einige Einwände	238
2. Das Verhältnis der organschaftlichen Beschlusßkontrolle zu den Treuepflichten der Aktionäre	241
3. Die Bestätigung der organschaftlichen Konzeption auf prozes-sualer Ebene	243
a. Die Regelung des § 246 II 1 AktG für die Anfechtungsklage . .	243
b. Die positive Beschlusßfeststellungsklage	247
c. Das Verhältnis der positiven Beschlusßfeststellungsklage zu posi-tiven Stimmfplichten im besonderen	248
4. Abschnitt: Freistellung des Kleinaktionärs von verbandsrechtlichen Ab-stimmungsgrenzen?	250
I. Die Bindung an den Verbandszweck	251
II. Die Rücksichtnahme auf die Interessen der Mitgesellschafter bei der Durchsetzung des Mehrheitsinteresses	252
1. Die Auffassungen zur Funktion der Treuepflicht im Schrifttum . .	252
a. Die Kontrolle des Verhaltens etablierter Mehrheiten	253
b. Die Kontrolle des Verhaltens von Sperrminoritäten	254
c. Die Kontrolle des Beschlussergebnisses	255
2. Die eigene Position	255
III. Die Bedeutung des Kontrollmaßstabs für den Entscheidungsfrei-raum des Kleinaktionärs	256
IV. Die Konsequenzen am Beispiel der Stimmrechtsbündelung	258
4. Kapitel: Der vermögensbezogene Aktionärsschutz bei Hauptversammlungs-beschlüssen	259
1. Abschnitt: Der Schutz gegenüber „privaten“ Mehrheiten	260
I. Die Gewährung eines Ausgleichs nach § 243 II 2 AktG	260
II. Die Anfechtung nach § 255 II AktG beim Bezugsrechtsausschluß . .	261
1. Das Verhältnis des § 255 II AktG zu § 243 II 1 AktG	262
2. Die Angemessenheit des Ausgabebetrags im Sinne des § 255 II AktG	262
III. § 186 III 4 AktG: Ausschluß oder Inhaltsbestimmung der §§ 255 II, 243 II 1 AktG?	266
IV. Abfindungsfälle und abfindungsähnliche Gestaltungen	268
1. Die formwechselnde Umwandlung	268
2. Liquidationsähnliche Gestaltungen	269
3. Abfindungsähnliche Gestaltungen	270
4. Der Vermögensschutz als gemeinsames Anliegen	270
2. Abschnitt: Der Schutz gegenüber Unternehmensaktionären	271
I. Der Schutz der abhängigen Gesellschaft durch die §§ 311, 317 AktG	272
1. Der Schutz des Eigenwillens der abhängigen Gesellschaft	273
2. Der Schutz des Eigeninteresses der abhängigen Gesellschaft	274
a. Schutz des Vermögensumfangs oder der Unternehmensintegri-tät?	274
b. Die praktische Relevanz der Unterscheidung	275
c. Zwei gegensätzliche Positionen des Schrifttums	277

3. Die Überlagerung der im Verbandszweck verankerten Autonomie der Gesellschaft durch § 311 AktG	280
4. Einige Einwände	282
a. § 311 AktG als lex specialis zu den §§ 76, 93 AktG?	283
b. Verbot des faktischen Konzerns durch § 311 AktG?	285
c. Gesetzliche Privilegierung des faktischen Konzerns?	288
5. Das Verhältnis des § 311 AktG zu § 243 II AktG im Abhängigkeitsverhältnis	288
II. Die AG bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen	293
1. Die zweigleisige Schutzkonzeption: §§ 302, 304 AktG und § 305 AktG	293
2. § 243 II AktG bei Bestehen eines Beherrschungsvertrags	297
III. Die Abfindung nach § 320b AktG bei der Eingliederung	298
3. Abschnitt: Zusammenfassende Bewertung	299
5. Kapitel: Verbandsrechtliche Beschlusßkontrolle und anlegerorientierter Vermögensschutz im AktG 1965	303
1. Abschnitt: Überblick über den Meinungsstand	304
I. Die Position des BGH	304
II. Umfassende Kontrollmodelle im Schrifttum	306
III. Kontrollmodelle mit Bereichsausnahmen im Schrifttum	306
1. Erhöhte Beschlusßmehrheiten	307
2. Grundlagenentscheidungen	307
3. Zweckändernde Beschlüsse	307
4. Beschlusßgegenstände mit Alternativentscheidung	308
5. Abhängigkeitsbegründende Beschlüsse	308
6. Gewährung von Abfindungsrechten	309
2. Abschnitt: Probleme einer materialen Beschlusßkontrolle	310
I. Die Kritik an der Kali und Salz-Rechtsprechung	310
1. Die Kritik aus der Praxis des Bezugsrechtsausschlusses	310
2. Die Kritik aus kapitalmarktlicher Sicht	312
II. Die Unmöglichkeit einer gegenständlichen Begrenzung	313
3. Abschnitt: § 186 III 4 AktG als gesetzgeberische Reaktion	316
I. Grundsatzprobleme der gesetzgeberischen „Klarstellung“	317
1. Abschaffung oder Konkretisierung der Sachkontrolle durch § 186 III 4 AktG?	317
2. Die Kritik aus der Anknüpfung an die Börsennotierung	319
II. Zur Irrelevanz des § 186 III 4 AktG für die Sachkontrolle	320
4. Abschnitt: Materiale Beschlusßkontrolle zweckgebundener Beschlüsse jenseits des Verbandszwecks?	321
I. Die Bindung an den Verbandszweck als verbandsrechtlicher Ausgangspunkt	321
II. Intensivierung zur Sachkontrolle durch die zusätzlichen Kriterien Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit: Das Beispiel Bezugsrechtsausschluß	324

1. Das Konkurrenzverhältnis von § 255 II AktG zur Sachkontrolle	324
a. Die Position des BGH	324
b. Die Positionen im Schriftum	326
(1) Sachkontrolle zur Sicherung der Herrschaftsrechte als Ergänzung des § 255 II AktG	326
(2) Die Sachkontrolle als zusätzliche Schranke gegen Ungleichbehandlungen	327
2. Sachkontrolle zur Kompensation von Schwächen des § 255 II AktG?	327
a. Die Vorverlagerung der Kontrollebene als Folge dieses Ansatzes	328
b. Die fragwürdigen Konsequenzen dieser Vorverlagerung	330
3. Sonstige Begründungsansätze zur Sachkontrolle	332
a. Gesetzliche Festschreibung durch § 186 IV 2 AktG	332
b. Die Wahrung des Rechts zur Investition in die eigene Gesellschaft	333
c. Die Sicherung der Herrschaftsrechte	334
d. Exkurs: Beschlussskontrolle anhand des vollkommenen Unterschiedsprinzips	335
3. Zur Vereinbarkeit mit den EG-rechtlichen Vorgaben	337
III. Sachkontrolle sonstiger zweckgebundener Beschlüsse?	338
5. Abschnitt: Vermögensschutz statt Beschlussskontrolle im Verhältnis von Mehrheit und Minderheit	338
I. Vermögensschutz statt Schutz der Herrschaftsrechte am Beispiel des Bezugsrechtsausschlusses	339
1. Sachliche Rechtfertigung des Bezugsrechtsausschlusses anhand des Verhältnisses von Mehrheit und Minderheit?	339
a. Beschlussskontrolle zur Kompensation von Schwächen des § 255 II AktG	339
b. Die Wahrung des Rechts zur Investition in die eigene Gesellschaft	342
2. Das genehmigte Kapital – ein Einwand?	343
3. Zusammenfassung	344
II. Die Beschlussskontrolle zweckgebundener Beschlüsse im allgemeinen	345
1. Die Grundposition	345
2. Der vermögensbezogene Schutz als Ausformung	347
3. Der „objektive“ Wert in § 243 II 2 AktG	350
a. Grundlagen	350
b. Das Auseinanderfallen von „objektivem“ Wert und Börsenkurs am Beispiel des Höchststimmrechts	351
III. Zweckändernde Beschlüsse	353
1. Die Problemstellung	353
2. Vermögensschutz statt Beschlussskontrolle	354
6. Kapitel: Zusammenfassung und weiterer Fortgang der Untersuchung	356
4. Teil: Die Aktionärsrechte bei Entstehung und Umgestaltung einer Unternehmensgruppe	360
1. Kapitel: Ausgliederungsvorgänge im weiteren Sinne	361
1. Abschnitt: Die Problemstellung	362
I. Die faktische Verkürzung der Aktionärsrechte bei Vermögensverlagerungen auf Beteiligungen	363
II. Die Veränderung der Leitungsbedingungen in der Konzernunternehmung	364

2. Abschnitt: Zur Abgrenzung zwischen Gruppenbildungs- und Gruppenleitungskontrolle	364
I. Die Problematik der vorherrschenden formalen Abgrenzung	365
II. Die Unterschiede zwischen Gruppenbildungs- und Gruppenleitungskontrollen im Überblick	366
1. Der Drittbezug von Gruppenleitungentscheidungen	366
2. Vorrang der Gruppenbildungs- gegenüber der Gruppenleitungskontrolle	367
3. Vorlagepflicht des Vorstands (§ 119 II AktG) versus Hauptversammlungskompetenz	368
4. Unterschiede im Kontrollmaßstab	369
5. Unterschiede in den Bagatellgrenzen	370
III. Die funktionale Abgrenzung	370
1. Die Gleichbehandlung von Ausgliederung und Beteiligungs-erwerb	371
2. Gruppenbildungsvorgänge unter funktionalen Gesichtspunkten	371
a. Vermögensausgliederungen im weiteren Sinne	371
b. Die Beteiligung von Dritten in gesellschaftsrechtlicher Form	372
3. Die Abgrenzung: Ausgliederungsvorgänge im weiteren Sinne und sonstige Gruppenumbildungsvorgänge	373
3. Abschnitt: Die Aktionärsmitwirkung kraft Berührung des satzungsmäßigen Unternehmensgegenstands	374
I. Kapitalistische Beteiligungen	375
II. Erwerb und Ausgliederung unternehmerischer Beteiligungen	375
1. Der Regelungsgedanke des § 179a AktG	377
2. Konzernleitung als aliud zur Tätigkeit am Markt	378
3. Konzernleitung als Risikoerhöhung gegenüber der Leitung im Einheitsunternehmen	379
4. Die Abgrenzung zwischen unternehmerischen und kapitalistischen Beteiligungen	381
III. Die unternehmensgegenstandsähnliche Strukturänderung analog § 179 I AktG	382
4. Abschnitt: Die Aktionärsmitwirkung kraft gesetzlicher Zuständigkeitszuweisungen – Eine kritische Übersicht über den Diskussionsstand zur Einzelrechtsübertragung	383
I. Der moderne „Konzernkonflikt“: Unternehmungsbezogene- oder rechtsträgerbezogene Aktionärsmitwirkung	384
II. Die grundsätzlichen Einwände	388
1. Der fehlende Bedarf für eine Rechtsfortbildung	389
2. Ausweitung der Aktionärszuständigkeiten als praktische Fehlentwicklung?	391
III. Die Aussage der §§ 123 III, 125, 13 I UmwG	392
1. Die Entstehungsgeschichte der §§ 123 III, 125 UmwG	393
2. Folgerungen	394
IV. Die dogmatische Einordnung der Aktionärsmitwirkung	394
1. Vorlagepflicht des Vorstands nach § 119 II AktG	394
2. Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen	396

V. Die Mitwirkung bei der Gruppenbildung zur Ordnung der (Konzern)unternehmung	397
1. Die Hauptversammlung der Obergesellschaft als Grundorgan der Korporation sui generis	398
2. Partialverfassungen der Konzernunternehmung	399
a. Das (konzern)unternehmungsweite Bezugsrecht	399
(1) § 186 III AktG (analog)	400
(2) Das Investitionsvorrecht der Aktionäre	401
b. Der (konzern)unternehmungsweite Verbandszweck	403
c. Die (konzern)unternehmungsweite Leitungsstrukturkompetenz	405
VI. Die Mitwirkung zum Schutz der gesellschaftsbezogenen Mitwirkungs- und Vermögensrechte	406
1. Die Sachkontrolle konzernbildender Vorgänge als Fortschreibung des § 186 III AktG	406
2. Analogievorschläge	408
a. § 179a AktG	408
b. Gesamtanalogien	409
c. Der Eingriff in die Gesellschafterstruktur bei Verwendung von Mitgliedschaftsrechten	410
3. Der Schutz der Aktionärsstellung im Holzmüller-Urteil	411
a. Der tiefe Eingriff in die Mitgliedschafts- und Vermögensrechte der Aktionäre	411
b. Grundlegende Entscheidungen im Hinblick auf die Aktionärsstellung	413
c. Kapitalerhöhungen bei Tochtergesellschaften	413
VII. Bewertung und weiterer Fortgang der Untersuchung	414
 5. Abschnitt: Aktionärsmitwirkung bei der Einzelrechtsübertragung aufgrund faktischer Verkürzung der Herrschaftsrechte?	416
I. Gruppenbildung als „schwere“ Kompetenzbeeinträchtigung der Hauptversammlung?	416
II. Der Gegenschluß aus der vermögensorientierten Konzeption des AktG 1965	416
1. 100 %ige Tochtergesellschaften	417
2. Beteiligungen mit außenstehenden Aktionären	418
 6. Abschnitt: Aktionärsmitwirkung bei der Einzelrechtsübertragung aufgrund potentieller Beeinträchtigung des Werts der Vermögensrechte	420
I. Der Verlust des gesamten Gesellschaftsvermögens	420
1. Mitwirkung bei der Vermögensübertragung auf 100 %ige Tochtergesellschaften?	420
2. Die Übernahme unbegrenzter Haftung für fremde unternehmerische Tätigkeit	421
3. Annexprobleme	423
a. Die Außenwirkung des Hauptversammlungsbeschlusses	423
b. Der Schutz widersprechender Aktionäre	423
II. Die Verwendung eigener Aktien zum Erwerb fremden Vermögens	424
1. Der Rechtsgedanke der §§ 293 II 1, 320 I 3 iVm 319 II 1 AktG, §§ 13 I, 125 UmwG	424
2. Die Bagatellklausel analog § 62 I UmwG	426

3. Annexprobleme	427
a. Außenwirkung des Hauptversammlungsbeschlusses?	427
b. Der bekanntzumachende Beschlussgegenstand	427
c. Die Berichtspflicht des Vorstands	428
d. Der Schutz widersprechender Aktionäre	429
4. Exkurs: Der Erwerb eigener Aktien als „Zahlungsmittel“	429
III. Ausgliederungsvorgänge im weiteren Sinne	430
1. Die beteiligungsspezifische Fortschreibung der §§ 293 II 1, 320 I 3 iVm 319 II 1 AktG, §§ 13 I, 125 UmwG	431
2. Die erfassten Ausgliederungsvorgänge im einzelnen	434
3. Die erfassten Untergesellschaften	435
4. Die Bagatellklausel und Folgeprobleme	436
5. Mehrstufige Unternehmensverbindungen	437
6. Annexprobleme	438
a. Außenwirkung des Hauptversammlungsbeschlusses?	438
b. Die Beschlussmehrheit	438
c. Bekanntmachung und Berichtspflicht des Vorstands	439
d. Der Schutz widersprechender Aktionäre	439
7. Abschnitt: Die Aktionärsmitwirkung bei Ausgliederungen im Sinne des § 123 III UmwG	440
2. Kapitel: Sonstige Gruppenumbildungsvorgänge	441
1. Abschnitt: Einführung	441
2. Abschnitt: Die Kriterien der Aktionärsmitwirkung	442
I. Der „Durchgriff“ zugunsten der Aktionäre: Die reine Holding mit einer Tochtergesellschaft	442
II. Aktionärsschützende Mitwirkungskonzeptionen	444
1. Die Aktionäre als wirtschaftliche Eigentümer	444
2. Der Verlust des gesamten Gesellschaftsvermögens	445
a. Zur aktionärsbezogenen Interpretation der Aktionärskompetenzen	445
b. §§ 293 II 1, 319 II 1, 320 I 3 AktG analog	447
c. Die Verlängerung der unbegrenzten Haftung für fremde unternehmerische Tätigkeit auf die Obergesellschaft	448
d. Mitwirkung bei der qualifizierten faktischen Konzernierung?	448
e. Die Außenwirkung des Hauptversammlungsbeschlusses	449
3. Sonstige Mitwirkungstatbestände?	449
3. Kapitel: Exkurs: Die ergänzende Anpassung des § 58 II AktG an den Status Obergesellschaft	449
4. Kapitel: Die Umwandlung der unverbundenen Gesellschaft zur Untergesellschaft einer Unternehmensgruppe	451
1. Abschnitt: Einführung	451
2. Abschnitt: Mitwirkung der Aktionäre bei Eintritt der Abhängigkeit?	453

3. Abschnitt: Abfindungsrechte der Aktionäre bei Eintritt der Abhängigkeitslage	455
I. Austrittsrecht in der „geschlossenen“ AG bei Eintritt der Abhängigkeit	456
II. Pflicht zur Gleichbehandlung bei Kontrolltransaktionen	457
4. Abschnitt: Das Zwangsabfindungsangebot kraft Status als herrschendes Unternehmen	458
I. Zur Rechtfertigung des Zwangsabfindungsangebots	459
1. Individuenschutz der außenstehenden Aktionäre	459
2. Förderung der Kapitalsammelfunktion	459
3. Unterschiede und Konvergenzen der beiden Begründungsansätze	462
II. Die Treuepflicht als dogmatische Grundlage des Zwangsabfindungsangebots	463
1. Indirekte Kapitalmarktordnung durch Treuepflichten	464
2. Erwerbspflichten aufgrund von Treuepflichten der Aktionäre untereinander	465
3. Das Zwangsabfindungsangebot kraft des Status „herrschendes Unternehmen“	465
III. Die Einwände gegen das Zwangsabfindungsangebot	467
1. Einwände aus der kapitalmarktordnenden Wirkung	468
2. Einwände aus der Struktur des Aktienkonzernrechts	470
IV. Die Folgerungen aus der ungeklärten Wirksamkeit der §§ 311 ff AktG	472
5. Abschnitt: Ausblick	475
5. Kapitel: Statusänderungen bei der abhängigen AG	476
1. Abschnitt: Die qualifizierte faktische Konzernierung	476
I. Der globale Verlustausgleich als bisheriger Problemschwerpunkt	477
1. Charakteristika der bisherigen Diskussion	477
2. Dogmatische Grundlagen und tatbestandlichen Ausformungen der bisherigen Haftungsmodelle	480
3. Pauschalierter Verlustausgleich aufgrund treuepflichtwidriger Außerkraftsetzung der §§ 311, 317 AktG	487
II. Verbot oder Erlaubnis qualifizierter faktischer Konzernierung	489
1. Die Illegalität des qualifizierten faktischen Konzerns	490
2. Legalisierung durch zweckändernden Hauptversammlungsschluss?	492
III. Das Abfindungsrecht der außenstehenden Aktionäre	494
1. § 305 AktG analog?	494
2. Abfindungspflicht kraft Treuepflicht der Aktionäre untereinander	496
3. Die Durchsetzung des Abfindungsanspruchs	499
IV. Ausgleichsansprüche der außenstehenden Aktionäre analog § 304 AktG?	500
2. Abschnitt: Veränderungen beim herrschenden Unternehmen	501
I. Veränderungen beim vertraglich herrschenden Unternehmen	501
1. Das Schicksal des Altvertrags	502
a. Konsequenzen aus der Natur als Organisationsvertrag	502
b. Der Beherrschungsvertrag mit variablem Ausgleich	502

2. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Aktionäre	505
a. § 295 I AktG	505
b. § 295 II AktG	507
3. Das erneute Abfindungsangebot	509
II. Der Wechsel des faktisch herrschenden Unternehmens	511
3. Abschnitt: Konzernausgangsschutz für außenstehende Aktionäre?	511
6. Kapitel: Aktionärsmitwirkung bei Ausgliederungen im Sinne des § 123 III UmwG	512
7. Kapitel: Zusammenfassung	513
Schlußbetrachtungen	518
Literaturverzeichnis	521